

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.03.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Gehälter in MV erreichen 85 Prozent des Bundesdurchschnitts**
Ostsee-Zeitung.de, 30.03.2023 3
- 2 | **Lemke: Atommüll bleibt auch nach Abschaltung der letzten drei Kraftwerke gefährlich**
stern.de, 30.03.2023 4

Gehälter in MV erreichen 85 Prozent des Bundesdurchschnitts

Doch sie liegen immer noch bei 85 Prozent zum Bundesschnitt. Außerdem gibt es große Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen.

Das statistische Amt MV bilanziert: In Mecklenburg-Vorpommern sind die im Durchschnitt gezahlten Löhne 2022 gestiegen.

Rostock. Die in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt gezahlten Bruttolöhne und -gehälter betragen im Jahr 2022 je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer 34 026 Euro. Das entspricht 2 129 Euro mehr als 2021 und bildet 85,1 Prozent des Bundesdurchschnitts (39 985 Euro).

Das teilt das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern am Donnerstag auf Grundlage von Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder mit.

Mit diesen durchschnittlich 85,1 Prozent liegt zwar Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von allen Ländern am niedrigsten. In MV lag aber die durchschnittliche Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer mit + 6,7 Prozent deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (+ 4,7 Prozent) und zugleich die höchste aller Länder. 2022 waren die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer im Land um 5 959 EUR niedriger als im Bundesdurchschnitt (2021: - 6 291 Euro).

Hohe Gehälter im produzierenden Gewerbe

Von den drei Hauptbereichen der Wirtschaft verfügbaren in Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes über die höchsten durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter (37 291 Euro). Diese wiesen einen kräftigen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+ 6,5 Prozent) auf. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, wie dem Maschinenbau oder der Nahrungsherstellung sogar um 7,8 Prozent, während sie sich im Baugeerbe weniger stark erhöhten (+ 5,4 Prozent).

Die niedrigsten Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter hatten die Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer im Bereich Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei (24 144 Euro); sie waren 2022 um 3,4 Prozent

höher als 2021.

Löhne in Dienstleistungssektor stiegen um 6,8 Prozent

In den Dienstleistungsbereichen betragen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer durchschnittlich 33 535 Euro. Hier stiegen sie kräftig um 6,8 Prozent gegenüber 2021. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche war die Entwicklung aber sehr unterschiedlich. So stiegen die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter im Teilbereich Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation um beachtliche 12,4 Prozent, während sie dagegen in den Teilbereichen Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen nur um 2,5 Prozent sowie bei den öffentlichen und sonstigen Dienstleistern einschließlich Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte um 5,5 Prozent wuchsen.

Finanzdienstleister nur 68 Prozent des Bundesdurchschnitts

Den geringsten Stand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wies im Jahr 2022 mit nur 68,1 Prozent der Teildienstleistungsbereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen aus. Den höchsten Angleichungsstand erreichten die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter im Bereich Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei, die sogar um 17,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt lagen. Im Durchschnitt der Dienstleistungsbereiche erreichten die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter 89,3 Prozent des Bundesdurchschnitts. Im Unterbereich der öffentlichen und sonstigen Dienstleister einschließlich Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte wurde auch hier der Bundesdurchschnitt um 7,0 Prozent überschritten. Im Produzierenden Gewerbe wurden durchschnittlich 77,3 Prozent vom Bundesniveau erreicht.



stern.de | 30.03.2023

AFP

WEBLINK

LEMKE: ATOMMÜLL BLEIBT AUCH NACH ABSCHALTUNG DER LETZTEN DREI KRAFTWERKE GEFÄHRlich

Lemke: Atommüll bleibt auch nach Abschaltung der letzten drei Kraftwerke gefährlich

Rund zwei Wochen vor dem endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) das bleibende Problem des Atommülls betont. Dieser Müll werde noch für "30.000 Generationen" gefährlich sein, sagte sie am Donnerstag in Berlin. Die Abfälle aus der Nutzung der Kernkraft seien im ganzen Land gelagert, die Suche nach einem unterirdischen Endlager bleibe eine "große gesamtgesellschaftliche Aufgabe".

Lemke sagte, es sei "gut, dass am 15. April eine neue Ära beginnt". Dann werden die letzten drei Atomkraftwerke (Akw) in Deutschland vom Netz genommen. Die Akw Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland hätten ursprünglich schon Ende 2022 vom Netz gehen sollen. Wegen der Energiekrise verlängerte die Koalition die Laufzeiten bis Mitte April.

Die nun folgenden Jahre seien aber "herausforderungsvoll", sagte Lemke: "Vor uns liegen Jahrzehnte des Rückbaus." In den sechs Jahrzehnten der Nutzung in Deutschland seien erst drei Akw vollständig rückgebaut worden. 30 Akw stünden noch. Ein Rückbau dauere zehn bis 15 Jahre.

Der Müll müsse zwischen- und endgelagert werden. Allein die schwach- bis mittelradioaktiven Abfälle füllten hundert olympische Schwimmbecken, sagte Lemke. Für hochradioaktive Abfälle sei es "unausweichlich", ein Endlager zu finden. Dies soll bis 2031 geschehen. Die Ministerin hatte kürzlich gefordert, den Prozess zu beschleunigen.

Der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, begrüßte es, dass mit dem Abschied von der Atomkraft die "jahrzehntelange Diskussion" um Vor- und Nachteile beendet sei. Nun stehe die "Herkulesaufgabe" an, die "sicherste Endlagerstätte" in tiefen geologischen Schichten zu finden.

Die 16 oberirdischen Zwischenlager für hochradioaktiven Atomabfall garantierten zwar "ausreichend Sicherheit", könnten ein Endlager aber nicht ersetzen, sagte König. Erst mit der Einlagerung der Abfälle in ein Endlager sei der Atomausstieg "wirklich vollzogen".

Lemke ging auf Nachfragen nochmals auf die Energieversorgung ein. Sie sei trotz Abschaltung der drei Akw und des geplanten Kohleausstiegs "sichergestellt", vor allem durch den "massiven" Ausbau der Erneuerbaren Energien, sagte die Ministerin. Sie warnte mit Blick auf Forderungen, den Atomausstieg nochmals zu verschieben, sich mit "rückwärtsgewandten Debatten aufzuhalten". Den Vorgängerregierungen warf sie vor: "Wir könnten beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wesentlich weiter sein".

Lemke betonte, trotz des Abschieds von der Atomkraft hierzulande bleibe der Strahlenschutz wichtig. Deutschland müsse "schnell und potent" auf Risiken reagieren können, insbesondere auf Atomunfälle im Ausland.

Die Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz, Inge Paulini, wies auf "neue Risikoszenarien" wie etwa den Einsatz von Nuklearwaffen hin: "Wir wissen nicht, was auf der Welt als nächstes passiert." Strahlung mache an Grenzen nicht halt. Sieben Akw stünden in weniger als hundert Kilometer Entfernung von der deutschen Grenze.